



# Rundbrief

Oktober 2018



Sommerschule 2018 – Teilnehmende vor dem Kloster Gracanica

## Liebe Leserinnen und Leser

In diesem Rundbrief orientieren wir Sie zunächst über die **Sommerschule „Challenge History 2“**, welche mit massgeblicher Unterstützung der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung im Juli dieses Jahres in Prizren (Kosovo) durchgeführt werden konnte. Unser Vizepräsident **Malcolm MacLaren** war während der Sommerschule in Prizren. Er beteiligte sich aber auch schon an den Vorbereitungsarbeiten, welche unter der Führung der kosovarischen NGO Center for Peace and Tolerance (CPT) und in Absprache mit den anderen regionalen NGO's durchgeführt wurden. Und er sorgt jetzt dafür, dass die Nachfolge-Veranstaltungen gelingen, welche in den vier Ländern stattfinden werden. Sein Bericht schildert das Konzept, den Ablauf und die wesentlichen Ergebnisse der Sommerschule. Auch die Testimonials von Teilnehmenden zeigen, dass die Jugendlichen gute Erfahrungen gemacht haben und die Ziele erreicht wurden.



Jahresveranstaltung Bern 2018, Christoph Lanz und Generalsekretär Thomas Greminger

Bild SHV

Am 24. August 2018 fand unsere Jahresveranstaltung in Bern statt. Wir berichten darüber für diejenigen, welche nicht teilnehmen konnten. Referent war der **Generalsekretär der OSZE, Dr. Thomas Greminger**. Er informierte über die Herausforderungen, welche sich der OSZE und seinem Sekretariat sowie den Teilnehmerstaaten stellen. Positiv war die ausgedehnte Diskussion mit dem Publikum, welche durch **Natascha Cerny** und **Dr. Christian Nünlist** eingeleitet wurde.

Im September fand in Warschau das jährliche Treffen der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Evaluation der Menschenrechtslage (HDIM), sowie das Jahrestreffen der Civic Solidarity Platform (CSP) statt. Ein Thema war das Recht der NGOs, an den Konferenzen der OSZE teilzunehmen. Sie wird von verschiedenen OSZE-Staaten immer stärker in Frage gestellt. Lesen Sie die Stellungnahme, welche **Yuri Dzhibladze im Namen der CSP** abgegeben hat. Er plädiert für ein Verfahren, das die Zulassung der NGOs nach objektiven Kriterien regelt und Willkür und politische Diskriminierungen ausschliesst.

Der letzte Beitrag kommt von unserem früheren Vorstandsmitglied und Völkerrechtler **Prof. Daniel Thürer**. Er kommt zum Schluss, dass die sog. Selbstbestimmungsinitiative den Prinzipien der OSZE widerspricht. Damit bestätigt er die Empfehlung des Vorstands, diese Initiative am 25. November 2018 abzulehnen.

Freundliche Grüsse

Christoph Lanz, Präsident

## „NOT EVEN PAST“<sup>1</sup> – SOMMERSCHULE ‚CHALLENGE HISTORY 2‘ 2018

Vom 22.-28. Juli 2018 fand die Sommerschule des ‚Challenge History 2‘-Projekts zum Thema Vergangenheitsbewältigung und Engagement in der balkanischen Zivilgesellschaft in Prizren (Kosovo) statt. Zwei Dutzend SchülerInnen im Alter von 17-18 Jahren aus Kosovo, Bosnien und Herzegowina (BiH), Serbien und Mazedonien nahmen unter dem Projektmotto ‚REACT FOR THE FUTURE: Reflection, Education, Action, Commitment, Together‘ daran teil. Der Schwerpunkt der Sommerschule blieb somit derselbe wie bei der letztjährigen Sommerschule in Mostar (BiH), aus der sie hervorging.

Die diesjährige Erfahrung mit den Jugendlichen hat der Schweizerischen Helsinki Vereinigung (SHV) und den weiteren Projektpartnern nochmals deutlich gemacht, wie aktuell und wichtig dieses Thema im Westbalkan (WB) ist, und wie die Erziehung der Jugend zu Inklusivität, Pluralismus und Transparenz in der Gesellschaft beitragen kann. Alle sind der festen Überzeugung, dass der Weg der Region zu einer friedlichen, europäischen Zukunft letzten Endes darin liegt.



### Ausgangslage

Nach wie vor ist der Geschichtsunterricht in den Schulen im WB äusserst nationalistisch geprägt und in der Gesellschaft herrschen weit verbreitete Feindbilder. Weiterhin gibt es wenige Kontakte zwischen unterschiedlichen SchülerInnen inner- sowie ausserhalb einzelner Länder, was die Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen nur verschärft. In BiH werden deren Kinder sogar getrennt unterrichtet. Die immer wieder aufflammenden Streitigkeiten u.a. über die Machtverteilung in BiH, den Status von Kosovo, und den Namen von Mazedonien schüren nur negative Gefühle in der Bevölkerung. Es ist paradox: die gewaltsamen Konflikte in der Region liegen immer ferner in der Vergangenheit, aber der dadurch entstandene zwischenmenschliche Schaden dauert an. Vorurteile unter Jugendlichen nehmen, laut neuerer Studien, drastisch zu.

### Organisation

In diesem Jahr wird das Projekt vom Center for Peace and Tolerance (CPT), einer kosovarischen Nichtregierungsorganisation (NGO), geleitet. Die SHV hat die Rolle eines Co-organizers inne, zusammen mit dem Forum Ziviler Friedensdienst (einer NGO in BiH). Unterstützt werden die Co-organizers von weiteren NGOs (‘regional implementing partners’), namentlich Democracy Plus, Kosovo; United World College Mostar, BiH; Helsinki Committee for Human Rights, Serbia; Helsinki Committee for Human Rights, Macedonia; und Civil-MK, Macedonia. Jede dieser

Menschenrechts- und Demokratie-NGOs hat seit dem Ende der Kriege der neunziger Jahre tatkräftig versucht, zu einer dauerhaften Aussöhnung im WB beizutragen. Logistisch wurde die Sommerschule (sowie die Folgeaktivitäten) von einem Team aus Heranwachsenden ermöglicht, die aus den jeweiligen Ländern kommen und bereits an der letztjährigen Sommerschule teilnahmen. Darin zeigt sich die Nachhaltigkeit des Projekts.

### Ablauf

Aufgrund von Konsultationen mit Trainern und Teilnehmenden der letzten Sommerschule in Mostar wurde in Prizren der Kreis der SchülerInnen (um 8) und der Partnerorganisationen (um 2) auf Mazedonien ausgeweitet, dauerte die Sommerschule einen Tag länger und wurde mehr Wert auf künstlerische bzw. kreative Aktivitäten gelegt.



Hauptmerkmal der Sommerschulen in den beiden multiethnischen, symbolträchtigen Städten Mostar und Prizren sind altersgerechte, regional orientierte, und auf informeller Bildung basierte Module bzw. Sessions, in denen sich die Jugendlichen mit ihrer Vergangenheit,

<sup>1</sup> Vgl.: “[t]he past is never dead. It’s not even past.” (William Faulkner, Requiem for a Nun, 1950, Act I Scene III, at <http://www.potolkimaker.com/second/William-Faulkner/requiem-for-a-nun.html>.)

Identitäten, und ‚public narratives‘ unmittelbar auseinandersetzen konnten. Zum Beispiel wurde an einem Nachmittag das ‚Centre for Research, Documentation and Publication‘ in Pristina besucht und dessen unerlässliche Vergangenheitsarbeit erklärt; eine andere Session war dem Inhalt und der Bedeutung der unterschiedlichen Geschichtsbücher in den balkanischen Mittelschulen gewidmet; in einer weiteren zeigte ein Trainer, wie Geschichte in öffentlichen Denkmälern plastisch dargestellt wurde. Dadurch wurden das Bewusstsein der Teilnehmenden für die Vielschichtigkeit der Vergangenheit geschärft und sie wurden herausgefordert, sich von konfliktreichen Einstellungen zu befreien. Konstruktive Debatten und eine inklusive Erinnerungskultur wurden angeregt.



M. MacLaren, Botschafter J-H. Lebet und M. Parente

Am letzten Arbeitstag wurden die Jugendlichen ermutigt, sich für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesellschaft zu engagieren. Sie ‚brainstormten‘ Folgeaktivitäten in ihren Schulen und Gemeinden und verabschiedeten Pläne für die Zusammenarbeit unter ihnen und mit den o.g. ‚regional implementing partners‘ in den kommenden Monaten. Der Abschluss der Sommerschule konnte zusammen mit Jean-Hubert Lebet, dem Schweizer Botschafter in Kosovo, richtig gefeiert werden.

(Weitere Informationen und Eindrücke über die Sommerschule, innerhalb und ausserhalb des Unterrichts, sind

unter <https://www.facebook.com/challengehistory/> abrufbar und z. T. auch den Testimonials zu entnehmen.)

### **Folgeaktivitäten**

Das Jugendprojekt ist darauf ausgerichtet, einen sich verbreitenden, nachhaltigen Beitrag zur Friedensbildung und Zusammenarbeit im WB zu leisten. Während der Sommerschule gab es Öffentlichkeitsarbeit in den dortigen traditionellen und sozialen Medien. Zur Zeit wird unter den Partnern an einem Toolkit mit Materialien gearbeitet, die von den Trainern für die verschiedenen Sessions vorbereitet wurden, sowie an einem Kurzdokumentarfilm, der in der Woche in Prizren gedreht wurde. Beide Produkte sollten zu Gunsten weiterer ‚Peer Educators‘ und ‚Facilitators‘ veröffentlicht werden. Die Teilnehmenden haben sich auch schon für Folgeaktivitäten eingesetzt. Die erste schulische Podiumsdiskussion fand Ende September in Zusammenhang mit dem Internationalen Tag des Friedens am United World College Mostar statt. So sollten weitere Personenkreise von dem Projekt und seiner Botschaft von Friedensbildung und Zusammenarbeit im WB erfahren.

Die SHV und die anderen Projektpartner hoffen sehr, dass sie auf dem ersichtlichen Erfolg der Sommerschulen 2018 sowie 2017 aufbauen und die finanziellen und personellen Ressourcen für eine Fortführung des Projekts sicherstellen können. Voraussichtlich wird die Sommerschule 2019 und 2020 in den anderen beteiligten Ländern (Mazedonien bzw. Serbien) unter der Leitung einer einheimischen NGO stattfinden. Zudem wird versucht, Montenegro als weiteres Partnerland in das Projekt einzubinden. Der SHV-Vorstand will auf jeden Fall unseren mehrjährigen Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Jugendlichen im WB fortsetzen.

### **Dank**

Die Projektpartner sind sehr dankbar für die massgebliche finanzielle Unterstützung des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), des Western Balkans Funds (WBF) sowie der Friedrich Ebert Stiftung (FES - Dialog Südosteuropa).

Malcolm MacLaren, Vizepräsident SHV,  
Privatdozent Universität Zürich

## Testimonials von Teilnehmenden an der Sommerschule in Prizren



"I just want to say that for all young people this is a great opportunity to meet a lot of people from different countries, to understand different historical narratives – and just to have fun!"

Abdurrahman Zukic, Sarajevo (BiH)

"The people of a certain country, they are not all guilty, only a small group, just some of them. We need to judge them, to punish them, but to make everyone else feel good."

Kerim Avdic, Sjenica (Serbia)

"The idea that we have created of each other is the real problem. If I can actually make Serbian friends whom I can talk to, like Kerim or others here, that would help much more. [...] We've been able to make friends with people with whom we never thought we could."

Gresa Ismaili, Skenderaj (Kosovo)

"I came to challenge myself – to meet new people, see their perspectives, maybe change my way of thinking about other nationalities. I have reached out to the others here. We have talked about their traditions and religion, about their school – what in their classes they learn about us, in history textbooks especially."

Marigona Arifi, Mitrovica (Kosovo)



"I've lived in Bosnia my whole life, but my family is from Croatia. I was discriminated against because of this. Friends were avoiding me. Their parents were telling them they shouldn't hang out with Croats, because they did some 'bad things' to us. Croats didn't want to hang out with me, because I was Bosnian. Wherever I went, I was foreign."

Aris Karamustafic, Gornji Vakuf (BiH)

"In the future, I'll talk to my friends about these people from Bosnia, Kosovo, and Serbia; I'll tell them about my experiences and my knowledge from the Summer School."

Sara Trajkovska, Kumanovo (Macedonia)



## JAHRESVERANSTALTUNG VOM 24. AUGUST 2018

### AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER OSZE



Christian Nünlist, Natascha Cerny, Christoph Lanz und Generalsekretär Thomas Greminger (von links nach rechts)

Bild SHV

Es ist eine Ehre und ein besonderes Vergnügen, dass die SHV den früheren Schweizer Botschafter bei den internationalen Organisationen in Wien und heutigen



OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger

Bild SHV

**OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger** an ihrer Jahresveranstaltung begrüßen kann. **Er bestätigt in seinem Referat über die aktuellen Herausforderungen der OSZE, dass die Helsinki-Prinzipien zur menschlichen Dimension unter Druck stehen.** Knapp dreissig Jahre nach der Charta von Paris besteht wenig Spielraum für positives Denken über kooperative Sicherheit in Europa. Beunruhigend sind die vielen mili-

tärischen Übungen in Grenznähe und die mangelhafte Umsetzung jahrzehntelang gepflegter vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen sowie natürlich die Krise in und um die Ukraine. Dazu kommen komplexe transnationale Herausforderungen wie die Cybersicherheit. Die menschliche Dimension ist auch durch die Furcht vor Terrorismus und unkontrollierter Zuwanderung beeinträchtigt. **Generalsekretär Greminger verlangt, dass Entspannung und Dialog wieder gepflegt werden. Sicherheit beginnt mit Vertrauen und Vertrauen beginnt mit Dialog. Die OSZE bildet dazu die Plattform, aber es bedarf des politischen Willens der Teilnehmerstaaten, auf einander zuzugehen.** Es gibt einige vielversprechende Ansätze, so der „strukturierte Dialog zu politisch-militärischen Fragen“, der 2016 angestossen wurde. Aber es müssen weitere Themen identifiziert werden, wo die Interessen der Staaten übereinstimmen, wie die Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus und der Radikalisierung, welche zu Terrorismus führen. Dabei braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, der Repression und Ursachenbekämpfung verbindet und die Grundrechte schützt. Besonders die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das auch in Zeiten terroristischer Bedrohung gewährleistet werden muss. Neben Rückschlägen gibt es auch Öffnungstendenzen, z.B. in Zentralasien. **Wertvoll ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie den Helsinki-Vereinigungen und der Civic Solidarity Platform (CSP).**

**Natascha Cerny, Sekretärin der CSP**, verweist auf den **zunehmend eingeengten Raum für die Zivilgesellschaft im OSZE-Raum** durch Massnahmen der Regierungen, welche die Menschenrechte und die rechtsstaatlichen Grundsätze einschränken und Personen verfolgen, welche die Helsinki-Prinzipien verteidigen. Auch Folter und Verschwindenlassen von Menschen sind leider wieder vermehrt zu einem Thema geworden. **Die OSZE sollte aktiv bleiben in der menschlichen Dimension und den zivilgesellschaftlichen Organisationen uneingeschränkten und sicheren Zugang zu den Konferenzen in allen drei Dimensionen bieten, basierend auf dem umfassenden Sicherheitsbegriff.**



Christian Nünlist und Christoph Lanz

Bild SHV

**Dr. Christian Nünlist, Forscher am Center for Security Studies (CSS) der ETHZ**, betont die aktive Rolle der Schweiz bei der Entstehung der Helsinki-Prinzipien im Jahr 1975 und ihren Einsatz für eine starke OSZE seither, namentlich seit 2014 beim Krisenmanagement im Ukraine-Konflikt. Die zukünftige Weltordnung wird multipolar sein. **Die Verschiedenheit der OSZE-Teilnehmerstaaten ist kein Nachteil, sondern eine Stärke. Er fragt sich, wie man in der OSZE zu einer neuen gemeinsamen Vision kommen kann und was dies für die Helsinki-Prinzipien heisst.** Sollen diese

modifiziert werden, soll konsequent am Status quo festgehalten werden, oder gibt es einen dritten Weg?

In der anschliessenden lebhaften **Diskussion** wurde deutlich, dass die **Herausforderung für die OSZE darin besteht, an den Prinzipien festzuhalten und gleichzeitig den Dialog zu fördern, wo die Prinzipien verletzt oder unter den Staaten unterschiedlich interpretiert werden.** Die Ukraine-Krise ist nicht Ursache, sondern Symptom einer Entfremdung zwischen Russland und dem Westen, welche schon deutlich früher eingesetzt hat und von beiden Seiten ausging. Die OSZE kann immerhin dazu beitragen, dass der Konflikt nicht weiter eskaliert und dass die Bevölkerung in der betroffenen Region Donbass den Alltag einigermaßen bewältigen kann. Aber eine nachhaltige Lösung dieses Konflikts ist nicht in Sicht und blockiert auch die Weiterentwicklung der OSZE. Fortschritte sind hier wie in anderen Dossiers nur möglich, wenn sich die Teilnehmerstaaten, allen voran der jeweilige Vorsitz engagieren. Die Schweiz hat im Jahr 2014 einige positive Schritte unternommen, so auch als erster Vorsitzstaat eine Evaluation der Menschenrechtssituation im eigenen Land durchführen lassen. **Die menschliche Dimension sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sind wichtige Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum.**

Dr. Christoph Lanz, Präsident SHV



Referenten und Referentin mit Vorstandsmitgliedern und Gästen Bild SHV

## SAFEGUARDING CIVIL SOCIETY PARTICIPATION IN THE HUMAN DIMENSION EVENTS



CSP-Teilnehmende

Bild CSP

Civic participation is a cornerstone of democracy. This applies not only to local communities and countries but equally to inter-governmental organizations, including the OSCE.

In the recent months, the issue of civil society participation in the OSCE human dimension events has been in the center of a heated debate among participating states.

I would like to present a position of an OSCE-wide NGO coalition, the Civic Solidarity Platform. **We believe that restricting NGO participation in the OSCE work on arbitrary and politically motivated basis would be a tremendous setback for the Helsinki process and a betrayal of the spirit and founding values of this organization. We insist that any state approval procedure would be contrary to the basic principle of unhindered and equal NGO participation in OSCE events and would open the door for arbitrary, selective, discriminatory and politically motivated decisions.**

For four decades, civil society has played a crucial role in the OSCE human dimension work. Now some governments, which restrict civil society space in their own countries, are pushing for adoption of new rules to limit NGO participation in the OSCE. They demand a veto right and a guarantee that NGOs they don't like to see here, will be blocked.

The only grounds for excluding NGOs is found in Paragraph 16 of the 1992 Helsinki Document which says that access will not be provided "to persons or organizations which resort to the use of violence or publicly condone terrorism or the use of violence."

As part of the trend of shrinking civil society space, some states have prosecuted NGOs, using broadly worded extremism and terrorism laws that do not meet the fundamental principle of legality and are applied to NGOs that have nothing to do with violence and are targeted merely for exercising their fundamental rights in a peaceful and legitimate way. Such claims are now used by these states to justify restricting NGO access to OSCE.

Currently, there is no procedure for implementing the rule of Paragraph 16, but it traditionally has fallen to the Chairman-in-Office to make a decision in cases when a state has raised an objection to a specific NGO. In the past, some OSCE Chairmanships have given in to such pressure by states, fearing retaliation from them in other areas of the OSCE's consensus-based decisions. And retaliation, indeed, has happened on a number of occasions. This experience shows that in the absence of a procedure to review claims by states to block participation of NGOs, the consensus nature of the OSCE makes it hostage to the position of those few states that insist on their demands.

We believe that what is needed for putting Paragraph 16 to work is adoption of a transparent, predictable, and rule-of-law based procedure to prevent arbitrariness and ad hoc decisions subject to blackmailing and political pressure.

The role of an arbiter to review a claim by a state and make a final decision on a particular NGO, should not be given to a political stakeholder such as a Chair country which is sensitive to many pressures in its bilateral relations. Instead, it should be entrusted to executive structures such as the OSCE Secretary General (SG) who is the

“guardian of the OSCE Acquis” and has the needed in-house expertise, such as the Anti-terrorism Unit.

**States should lay down precise, compelling and evidence-based claims that an NGO in question has been involved in, or condones terrorism or violence. These claims should be reviewed by experts. Decision by the SG should be made in consultation with the Chairmanship, Troika, ODIHR, and experts.**

**To conclude, in accordance with its founding values, the OSCE has a responsibility to stand up for civil society organizations that are repressed and denied fundamental rights at home, and to provide a platform for them to voice their positions since they lack direct channels of communication with their governments.**

Yuri Dzhibladze, Centre for the Development of Democracy and Human Rights on behalf of the Civic Solidarity Platform (CSP) at HDIM-2018

## **DIE SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE UND IHR VERHÄLTNIS ZU DEN GRUNDSÄTZEN UND VERPFLICHTUNGEN DER OSZE**

Am 25. November dieses Jahres wird in der Schweiz über die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» abgestimmt. Es soll u.a. der Satz in die Verfassung aufgenommen werden: «Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihr vor, unter dem Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.» (Art. 5 Abs. 4). Relativiert wird diese Bestimmung durch den Satz: «Bundesgesetze und völkerrechtliche Verträge, deren Genehmigungsbeschluss dem Referendum unterstanden hat, sind für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend.» (Art. 190). **Ich bin der Meinung, dass die hinter der Initiative stehenden Vorstellungen, die den (in der Wirklichkeit seltenen) Konflikt der Systeme in den Vordergrund stellen und von einer Hierarchie von Landesrecht und Völkerrecht ausgehen, realitätsfernem, veraltetem, starrem Denken verhaftet sind. Die vom Bundesgericht entwickelte langjährige Praxis, die auf dem Prinzip des Primats des Völkerrechts beruht, aber Ausnahmen zulässt, die sich aus Prozessen der Güterabwägung ergeben, entspricht dagegen den Bedürfnissen nach Flexibilität in einer modernen, immer komplexer werdenden, dynamisch interagierenden Welt.** Diese Praxis, verbunden mit dem Prinzip der völkerrechtsfreundlichen Auslegung und dem Suchen nach Lösungen der «praktischen Konkordanz», hat bisher gut funktioniert. Die geforderte Revision der Bundesverfassung ist unnötig und irreführend. Sie entstammt einer Welt des juristischen Denkens von Gestern. Ja völlig absurd ist es, wenn Befürworter von einer «Tyrannei des Völkerrechts über das nationale Recht» auszugehen. Denn weiss nicht jedermann, dass es gerade das zivilisatorische Anliegen des modernen Völkerrechts war, Tyrannei und Machtmissbrauch, wie sie im Zweiten Weltkrieg wüteten, zu bekämpfen?

### **Und die OSZE?**

Es wurde die Frage aufgeworfen, wie es um **das Verhältnis der Initiative zu den Grundsätzen und Verpflichtungen der OSZE** bestellt sei. Eine solche Erweiterung des Beurteilungsraumes scheint auf der Hand zu liegen, denn die KSZE (geschaffen in Helsinki 1975) bzw. deren Fortentwicklung in Form der OSZE (geschaffen in Paris 1980) sind diejenigen internationalen Foren, in die sich die Schweiz, personell und mit Projekten, besonders aktiv eingebracht hat. Die Schweiz gehörte zu den Unterzeichnern der Helsinki-Schlussakte von 1975, mit denen dieser Prozess eröffnet wurde, und sie hat vielfältig an dessen weiteren Ausgestaltung teilgenommen. Auf rechtliche Fragen, wie sie die Initianten aufwerfen, werden wir allerdings keine messer-

scharfen Antworten erhalten, denn Handlungsform der KSZE und später der OSZE ist im Wesentlichen nicht das Völkerrecht, sondern Formen des «soft law». Umso interessanter dürfte es sein, sich zur geistig-politischen Situierung des Volksbegehrens dem OSZE-Prozess zuzuwenden.

**Angelpunkt einer Beurteilung ist der Dekalog von Handlungsprinzipien, wie er in der Schlussakte niedergelegt wurde,** auf die sich die 35 in Helsinki vereinigten Staaten geeinigt hatten. Diese Grundsätze sollten den Kalten Krieg überwinden helfen. Zu den Grundlagen der vereinbarten normativen Ordnung gehören gemäss dem Katalog klassische Prinzipien des Völkerrechts wie etwa die Grundsätze der Souveränität und

Gleichheit der Staaten, das Gewaltverbot oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber auch politische Handlungsprinzipien. Wichtig in unserem Zusammenhang scheinen mir die in der Helsinki-Schlussakte statuierten Prinzipien der «Kooperation unter Staaten» und der «Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben» zu sein. Die Kommentatoren Ulrich Fastenrath und Katja Weigelt folgerten: **«The OSCE participating States consider themselves not only as a community of values but also as a community of responsibility».** **Nicht verträglich mit diesen Prinzipien ist die Selbstbestimmungsinitiative:** Das Volksbegehren impliziert die Möglichkeit auch kleiner Gruppen von Bürgern, aus momentanen Emotionen, politischen Alltagsinteressen oder anderen Beweggründen jederzeit Revisionsprozesse der Verfassung in Gang zu setzen, die sich über eingegangene internationale Verpflichtungen hinwegsetzen und gültige Verträge brechen, ohne Rücksichtnahme auf Solidarität, welche die Schweiz andern Staaten und Menschen schuldet, die dort Opfer von Gewalt, Repression, Diskriminierung oder anderen gravierenden Verletzungen von Menschenrechten geworden sind. Sie ist ein Freipass für Beliebigkeit ausserpolitischen Handelns und schwächt, mit dem von ihr geschürten Verlust des Vertrauens in Institutionen des liberalen, demokratischen Verfassungsstaates begründete Erwartungshaltungen Anderer

in Bezug auf die Stabilität des ausserpolitischen und internationalen Systems.

Ich halte fest: **die weit verbreitete Ansicht, es gehe darum, die demokratische Freiheit der Bürger von der Beherrschung durch das Völkerrecht zu schützen, ist abwegig.** Es geht nicht um «das» Völkerrecht als einen vermeintlich in sich geschlossenen «Corpus» von Herrschaftsinstrumenten; einen solchen Herrschaftsapparat gibt es nicht, sondern nur Geflechte bilateraler und multilateraler, relativ schwacher, fragiler und fragmentierter normativer Bindungen. Und es geht nicht nur um das Recht als solches, sondern auch um dessen Verankerungen in politischen, ja letztlich ethischen Systemen von Normen, die als Grundlagen und Massstäbe zur Bewertung rechtlicher Projekte mit in Betracht zu ziehen sind. Hierzu gehört, als umfassender Rahmen neben anderen Systemen, der OSZE-Prozess. **«Community of responsibility» ist ein gut gewählter Referenzbegriff, der über den Wortlaut der Vorlage, über die wir bald abstimmen werden, inhaltlich und in seiner Reichweite hinausgeht.**

Daniel Thürer, ehemaliger Prof. für Völkerrecht an der Universität Zürich

## SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg

Vermerk Spende / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

## SHV-VORSTAND

**Christoph Lanz**, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, Bern, *Präsident*  
*christoph.lanz@shv-ch.org*

**Malcolm MacLaren**, Dr.iur., Privatdozent Universität Zürich, Freiburg im Breisgau, *Vizepräsident*  
*malcolm.maclaren@uzh.ch*

**Mario Andermatt**, M.A. Geschichte, Ostermundigen  
*andermatt.mario@gmail.com*

**Olivier Battaglia**, Bettingen, Grossrat Basel-Stadt, *Quästor*  
*olivier.battaglia@gmail.com*

**Cécile Blaser**, M.A. Europastudien, Bern  
*cecile.blaser@unifr.ch*

**Fabian Hunold**, lic.phil., Diplomat EDA, Bern  
*fabianhunold@gmail.com*

**Marie-Ursula Kind**, lic. iur., LL.M.,  
Zürich *marie.ursula.kind@gmail.com*

**Berry Kralj**, lic.iur., Wettingen  
*berrykralj@bluewin.ch*

**Daniel Müller**, M.A. Europastudien, Zürich  
*daniel.mueller2@unifr.ch*

**Franziska Rich**, dipl.phil.II, Zürich  
*franziska.rich@gmail.com*

**Nicholas Rüegg**, B.A. ZFH, Sulgen  
*nicholas.rueegg@unifr.ch*

**Hanspeter Spörri**, Journalist und Moderator, Teufen  
*h.spoerri@bluewin.ch*

**Rolf Stücheli**, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA, Thun  
*roky.stuecheli@bluewin.ch*

**Hans Martin Tschudi**, Dr.iur., Riehen, a. Regierungsrat BS, Partner bei Furer & Karrer Rechtsanwälte, Basel  
*hans-martin.tschudi@furerkarrer.ch*

## EHRENPRÄSIDIUM

**Marianne von Grünigen**, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

## SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

**SHV-Sekretariat**, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg  
062 888 01 75, [info@shv-ch.org](mailto:info@shv-ch.org); [www.shv-ch.org](http://www.shv-ch.org)



# MENSCHENRECHTE

**Nein** zur  
**Selbstbeschneidungs-**  
**Initiative**

**Die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ist ein gefährlicher Etikettenschwindel:**

**Sie beschneidet unsere Grundrechte.**

Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gegen Verletzungen der Grundrechte in der Schweiz wären ab sofort wirkungslos.

**Sie entmachtet das Bundesgericht.**

Das Bundesgericht dürfte die Europäische Menschenrechtskonvention nicht mehr anwenden, um unsere Grundrechte zu schützen, falls diese durch ein Gesetz verletzt werden.

**Sie gefährdet unsere Sicherheit.**

Gerichtsurteile wären vom politischen Klima geprägt und willkürlichen Verfassungsänderungen stünden Tür und Tor offen. Vor allem Minderheiten wären vor Diskriminierung nicht mehr geschützt.

Weitere Infos unter: [sbi-nein.ch](http://sbi-nein.ch)

Allianz der Zivilgesellschaft/Schutzfaktor M